

# Die KP Rußlands als Teil des politischen Systems. (II): Begegnungen und Beobachtungen anlässlich des IV. Kongresses der Sjuganow-Partei. Internationale Beziehungen

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

## Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1997). *Die KP Rußlands als Teil des politischen Systems. (II): Begegnungen und Beobachtungen anlässlich des IV. Kongresses der Sjuganow-Partei. Internationale Beziehungen.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 22/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46929>

## Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

## Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Die KP Rußlands als Teil des politischen Systems**

### **Begegnungen und Beobachtungen anlässlich des IV. Kongresses der Sjuganow-Partei (II: Internationale Beziehungen)**

#### **Zusammenfassung**

Auf dem IV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) hatten die internationalen Beziehungen drei Dimensionen: das Verhältnis Rußlands zur GUS, die Einschätzung des "fernen Auslands" und die Beziehungen zu befreundeten Parteien in aller Welt. Eindeutige Priorität räumte die Partei dabei der GUS ein. Im Hinblick auf das "ferne Ausland" stehen traditionelle, aus ideologischen Kategorien abgeleitete Feindbilder neben Angeboten an die USA und den Westen insgesamt, Beziehungen der Partnerschaft zu entwickeln. Im Mittelpunkt des Treffens der KP-Führung mit den 82 Auslandsdelegationen stand eine Rede von GUS-Minister Tulejew: Für die KPRF bildet die Re-Integration der GUS-Staaten sowie die Zusammenarbeit ihrer kommunistischen Parteien die höchste Form des Internationalismus. Eher abwehrend dagegen reagierte die KP-Führung auf das Drängen einer Reihe westlicher KPen, als große Partei der internationalen Arbeiterbewegung wieder einen Bezugspunkt der Bruderparteien zu bilden und gemeinsame Kommunistenkonferenzen zu organisieren. Als volkspatriotische Partei russischer Prägung hegt die KPRF starke Vorbehalte gegen den traditionellen Internationalismus der Kommunisten.

#### **Drei Dimensionen der Außenbeziehungen**

Am 19./20. April 1997 veranstaltete die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) in Moskau ihren IV. Parteitag, an dem der Autor auf Einladung der KP für die SPD als Beobachter teilnahm. Die wichtigsten Aspekte von Programmatik und innenpolitischer Strategie wurden in der vorhergehenden Aktuellen Analyse (Nr. 21/1997) behandelt. Die internationalen Beziehungen der KPRF hatten auf dem Kongreß und in seinem Umfeld drei Dimensionen: das Verhältnis Rußlands zur GUS, die Einschätzung des "fernen Auslands" und die Beziehungen zu befreundeten Parteien in aller Welt. Eindeutige Priorität räumte die Partei dabei der GUS ein, die für sie eigentlich nicht Ausland ist, sondern Teil eines natürlich gewachsenen und auf verräterische Weise zerstörten imperialen Raums. Die beiden anderen Dimensionen dagegen rückten deutlich in den Hintergrund – trotz der Spezialeinlage der KP-Führung für die auswärtigen Delegationen. Denn die KPRF ist keine internationalistische Partei, sondern – wie schon die KPdSU unter Stalin und Breschnew – in ihrer Mehrheit eine großrussisch-imperiale Formation.

## GUS: Restauration des Imperiums

Hervorstechendes Merkmal im Sjuganow-Bericht war der revisionistische Charakter der Konzeption gegenüber den Ländern der GUS. So sprach der KP-Chef verächtlich von der "Belowescher Staatlichkeit Rußlands", die aus der Zerschlagung der Sowjetunion hervorgegangen sei – einer Sowjetunion, die historisch und kulturell in Großrußland ihre Wurzeln habe.<sup>1</sup> Folgerichtig rief er auf zur – gewaltlosen und freiwilligen – Restauration der "historischen Staatlichkeit Rußlands", zur "Wiedervereinigung der Völker des großen eurasischen Raums", denn außerhalb einer neuen Union könne es eine starke Russische Föderation nicht geben.

Mit großem Beifall wurde in diesem Kontext die Grußansprache des jungen und rhetorisch eindrucksvollen ukrainischen KP-Chefs Simonenko aufgenommen – die Tatsache, daß er als erster auswärtiger Gastredner auftrat, sollte das große Interesse der KPRF an einer Annäherung Rußland-Ukraine demonstrieren. Simonenko bezeichnete die KPRF als "Schule und Modell" der KPU und rief zu koordinierten Aktionen gegen die "neue Weltordnung der USA" und für die Wiederherstellung der Sowjetunion "mit ihrer Hauptstadt Moskau" auf. Die Relevanz dieser Demonstration ideologisch-politischer Harmonie zwischen beiden KPen sollte nicht unterschätzt werden, verfügt doch auch die KPU mit 90 (von insgesamt rund 420) Abgeordneten im Parlament über starke Positionen.

Interessanterweise wandte sich Sjuganow in diesem Kontext gegen "ultrapatriotische" Aufrufe zur Fixierung des Status von Sewastopol als Bestandteil Rußlands. Dies geschah jedoch nicht etwa deshalb, weil die KP auf entsprechende Ansprüche verzichtet hätte. Vielmehr begründete Sjuganow die Zurückhaltung damit, daß die strittigen Komplexe Sewastopol, Krim, Transnistrien und Abchasien überhaupt nur dann gelöst werden könnten, wenn die Union entsprechend dem Referendum vom März 1991 wiederhergestellt werde.<sup>2</sup> Folgerichtig hatte er bereits vor dem ZK-Plenum vom Dezember 1996 verkündet: "Sewastopol wird eine sowjetische Stadt sein!"<sup>3</sup> Dies sind gefährliche Thesen, da sie unter Ausblendung pragmatischer Lösungsansätze nur die Alternative zwischen passivem Zuwarten und aktiver Unionsrestauration ins Auge fassen.

Ähnlich restaurativ-imperial geprägt war der massive Einsatz des Kongresses für eine umfassende Union Rußland-Belarus, um die es unter den Eliten des Landes kurz zuvor heftige Kontroversen gegeben hatte.<sup>4</sup> Hierzu sowie zur Lage in der GUS im allgemeinen hielt GUS-Minister Tulejew vor den Auslandsdelegierten eine bemerkenswerte Rede – wohl nicht zuletzt in der Absicht, die hochrangigen KP-Vertreter aus den GUS-Ländern gleichsam kollektiv zu motivieren und sie damit als Träger des imperialen Gedankens zu instrumentalisieren. Dabei lauteten die zentralen Punkte in den wenig systematischen Ausführungen Tulejews etwa folgendermaßen:

Bislang ist es nicht gelungen, den Desintegrationsprozeß in der GUS zu stoppen. Wenn wir das jetzt nicht packen, so wird es zu spät sein, denn schon heute wird in den Schulen vieler GUS-Staaten Rußland als Erzfeind dargestellt. Gewiß haben auch wir Fehler gemacht, z.B. durch die Blockade Aserbaidschans. Die eigentlichen negativen Impulse gehen jedoch vom Westen aus, der einer Integration mit aller Kraft entgegenwirkt. So hat er in der GUS bis heute insgesamt 30 Mrd. US-\$ investiert, Rußland aber nur 6 Mrd. In Kasachstan beispielsweise fielen 90 Prozent der Privatisierungen an Ausländer. Ganz entscheidend für eine Stärkung des russischen Einflusses ist daher die Gesundung der Wirtschaft. Besonders heuchlerisch ist der Widerstand des Westens gegen die Union Rußland-Belarus, wo sich doch alle Welt integriert. Die Anti-Lukaschenko-Demonstranten sind zu Recht bestraft worden, haben sie doch gegen Recht und Ordnung verstoßen und dabei

<sup>1</sup> Belowesch bezeichnet den Ort im Westen Weißrußlands, an dem die Präsidenten Jelzin, Krawtschuk (Ukraine) und Schuschkewitsch (Belarus) im Dezember 1991 die Auflösung der Sowjetunion beschlossen.

<sup>2</sup> Bemerkenswerterweise hatte die KPRF zu ihrem Kongreß auch die Bruderparteien aus den Separatistenregionen Abchasien, Südossetien und Transnistrien geladen.

<sup>3</sup> Abgedruckt in: Dialog, Nr. 2/1997, S. 9-16, hier S. 11.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu O. Alexandrova/Heinz Timmermann, Die Union Rußland-Belarus im Kontext der Intra-GUS-Beziehungen, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 15/1997 und Nr. 16/1997.

Slogans skandiert wie: "Gegen die Vereinigung mit dem imperialistischen Rußland!" Wirtschaftlich wird die Union ein Erfolg, denn Belarus verfügt über eine leistungsfähige Industrie, besonders auch im militärisch-industriellen Komplex. Schließlich bilden die Verkehrs- und Leitungsinfrastrukturen, die Militäranlagen im Westen des Landes und das Naherrücken an die Exklave Kaliningrad starke Argumente für die Union.

Soweit die Ausführungen Tulejews. Insbesondere im Hinblick auf die Lage der Wirtschaft in Belarus wirkten seine Einschätzungen reichlich wirklichkeitsfremd. Immerhin wich er den Fragen des Vertreters Abchasiens aus, ob nicht den nichtanerkannten Republiken (z.B. Abchasien, Transnistrien) ein "Sonderstatus" in einer neuen Union eingeräumt werden könne. Ganz offensichtlich erschien eine Diskussion über diese Variante dem GUS-Minister zu brisant.

### **Die KPRF und das "ferne Ausland"**

Die Konzentration des Kongresses auf die Aufgabe der Integration des "nahen Auslands" um Rußland herum rückte die Beschäftigung mit dem "fernen Ausland" fast völlig in den Hintergrund. Rußland sei "eine besondere Welt, eine besondere Kultur", heißt es im Sjuganow-Bericht, und alle Versuche, dem Land das lateinische, schwedische oder preußische Modell aufzuzwingen, seien gescheitert. Heute bemühe sich der Westen, mit Hilfe einer fünften Kolonne in Moskau den Kapitalismus in Rußland zu restaurieren und dem Land in kolonialem Stil den Status eines bloßen Rohstoff- und Energielieferanten zuzuweisen. Die NATO-Osterweiterung diene zugleich dazu, um Rußland herum einen "Cordon sanitaire" zu legen. Damit solle verhindert werden, daß das Land seinen traditionellen Einfluß auf das Weltgeschehen zurückgewinnt.

Dieses traditionelle, aus ideologischen Kategorien abgeleitete Feindbild steht freilich keineswegs allein. Vielmehr wird es verbunden mit dem Angebot "an die USA und den Westen insgesamt", Beziehungen der Partnerschaft zu entwickeln. Dies unterstreicht die Fähigkeit und Bereitschaft der KP, gegenüber dem Westen ggf. auch pragmatisch vorzugehen und eine Linie mitzutragen, wie sie Primakow im Zeichen des Kampfes gegen einen US-Unipolarismus und für eine Diversifizierung der russischen Außenpolitik verfolgt. Als vorrangige Ansprechpartner nannte Sjuganow dabei China, Indien und die arabische Welt – noch vor dem Westen, in dessen Rahmen so wichtige Partner Rußlands wie die EU und Deutschland merkwürdigerweise überhaupt nicht genannt wurden.

Im Anschluß an den erwähnten Auftritt des Ukrainers Simonenko kamen auf dem Kongreß weitere hochrangige Vertreter solcher ausländischer Bruderparteien zu Wort, die schon zu Sowjetzeiten treue Anhänger der KPdSU gewesen waren – Vertreter der KPen aus Kuba, Vietnam, Indien, Zypern, Libanon und Tschechien. Die größte Begeisterung weckte der Kubaner Borges mit seinem Appell an die KPRF, die schwierige Periode imperialistischer Einkreisung durchzustehen und Rußland wieder auf eigene Füße zu stellen. Gerade Kuba sei ein Beispiel für erfolgreichen Widerstand gegen Druck von außen und für eine eigenständige Wirtschaftsstrategie. Angesichts der russisch-nationalpatriotischen Grundhaltung der KPRF wirkte der traditionell-internationalistische Appell des kubanischen Revolutionärs zwar reichlich ambivalent, jedoch machte er zumindest auf die Nostalgiker unter den Delegierten großen Eindruck.

### **Das internationalistische Treffen**

Das bereits mehrfach erwähnte Treffen der KP-Führung mit insgesamt 82 Auslandsdelegationen erinnerte den Autor stark an die früheren kommunistischen Weltkonferenzen – wobei er das Geschehen diesmal von innen beobachten konnte, statt es nur von außen zu analysieren. Die jeweilige Zahl und das Gewicht der anwesenden KPen aus allen Erdteilen gaben zugleich wichtige Hinweise auf die internationalen Prioritäten der KPRF. Auffallend massiv war die Präsenz der Bundesparteien aus sämtlichen Ländern der GUS, deren Reihen bemerkenswerterweise zusätzlich durch Vertreter kommunistischer Parteien aus Abchasien, Südossetien und Transnistrien angereichert wurden.

Den zweitgrößten Block bildeten die KPen aus Asien (einschließlich Nahost): die mit starken Delegationen vertretenen regierenden Parteien aus China, Vietnam und Nordkorea sowie die nichtregierenden Parteien aus Indien, Afghanistan, Irak, Iran, Kurdistan(!), Syrien, Libanon, Palästina, Israel, Jordanien u.a.

Aus Ostmittel- und Südosteuropa hatte sich eine Reihe KPen (u.a. baltische Staaten, Tschechien, Slowakei, BR Jugoslawien) sowie linkssozialistisch-kommunistische Randgruppen eingefunden, nicht aber die zur Sozialdemokratie mutierten Ex-KPen beispielsweise aus Polen, Litauen und Ungarn. Die meisten Länder Westeuropas waren durch ihre KPen vertreten, ferner durch eine Reihe linkssozialistischer Formationen (Beispiel: PDS) und durch zwei Beobachterdelegationen der Sozialistischen Internationale (SPD, PASOK Griechenlands).

Im Mittelpunkt des Treffens – von der KPRF herabstufend als schlichter "Meinungsaustausch" charakterisiert – stand der erwähnte Auftritt von GUS-Minister Tulejew (und nicht die einleitenden Worte der drei Führungsfiguren Sjuganow, Kupzow und Melnikow). Die Ursache für diese Prioritätensetzung liegt ganz offensichtlich darin, daß für die KPRF die Re-Integration der GUS-Staaten sowie die Zusammenarbeit ihrer kommunistischen Parteien die höchste Form des Internationalismus bildet. So sahen es auch die Bruderparteien der Region: Analog zur erwähnten Kongreßrede des ukrainischen KP-Chefs Simonenko legten sie den Schwerpunkt ihrer Beiträge auf das Streben nach Wiederherstellung der Union, wobei sie die Pionierrolle der KPRF gebührend hervorhoben.

Eine Reihe westlicher KPen dagegen war keineswegs damit einverstanden, daß sich der moderne Internationalismus in der Solidarität mit den Vorkämpfern der GUS-Integration erschöpfen sollte. Vielmehr drängten sie die KPRF dazu, als große Partei der internationalen Arbeiterbewegung wieder einen Bezugspunkt für die KPen zu bilden, wie früher Kommunistenkonferenzen mit dem Ziel der Ausarbeitung gemeinsamer Aktionen zu organisieren, ein Informationsorgan für die kommunistische Bewegung zu gründen (KP Finnlands, Ungarische AP, KP Chiles u.a.).

Die KPRF hatte Mühe, derlei Anregungen abzuwehren: Als volkspatriotische Partei russischer Prägung hegt sie starke Vorbehalte gegen den traditionellen Internationalismus der Kommunisten. Für Führungsfiguren wie Sjuganow stellt er im Grunde nur eine andere Variante westlicher Bestrebungen dar, den spezifischen Zivilisationstyp Rußland den zersetzenden Einflüssen der westlichen Welt auszusetzen. So mußten sich die westlichen Parteien mit der Auskunft zufriedengeben, daß sich die KPRF zwar an kollektiven Initiativen der Bruderparteien beteiligen werde. Von der zukünftigen Organisation oder Koordination internationalistischer Aktivitäten durch die KPRF war jedoch nicht die Rede.

Ungewollte Dramatik erhielt das sechstündige Treffen, als der Vorsitzende der belarussischen Reformkommunisten, Kaljakin, gegen Ende Tulejews geschönte Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Weißrußland scharf kritisierte. Unter Nennung konkreter Ereignisse und Daten betonte er, daß Präsident Lukaschenko keineswegs der große Stabilisator sei, als der er leider auch in den Augen der KPRF gelte. Denn nach Bruch der Verfassung habe sich Lukaschenko zum unumschränkten Herrscher aufgeschwungen, der das Land genau umgekehrt durch seine destruktive Wirtschaftspolitik ruiniere und durch umfassende Repression destabilisiere. Seine Partei halte durchaus am Projekt einer Integration Rußland-Belarus fest, betonte Kaljakin. Mit Lukaschenko jedoch, der gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien auch die Kommunisten in Belarus vernichten wolle, sei dies nicht möglich. In diesem Sinne warnte Kaljakin die KPRF vor einer für beide Staaten verhängnisvollen Fehleinschätzung der Person Lukaschenkos und bat um Solidarität im Abwehrkampf gegen den Diktator.

Nach dieser Philippika entstand für das KPRF-Führungstrio eine schwierige Situation. Taktisch geschickt überließ man die Replik der Vertreterin der KP Kirgisiens, die Lukaschenko als integren Vorkämpfer für die Einheit mit Rußland porträtierte. Schließlich sei er der einzige gewesen, der im belarussischen Parlament gegen die Zerschlagung der Sowjetunion gestimmt habe. Sei es nicht

richtig, daß Kaljakin gemeinsam mit den Nationalisten von der Volksfront gegen den Präsidenten demonstriert und dabei auf der belarussischen Nationalfahne herumgetrampelt habe? Die Gastgeber verwehrten Kaljakin

die gewünschte Gelegenheit zur Replik, und zwar unter dem fadenscheinigen Vorwand, man wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Belarus einmischen.

Die Solidarität der KPRF mit Bruderparteien hat dort ihre Grenzen – ganz ähnlich wie früher bei der KPdSU –, wo in ihren Augen staatliche Interessen auf dem Spiel stehen. Angesichts dieser Konstellation klang es naiv, wenn Kaljakin im Gespräch mit dem Autor die Hoffnung nicht aufgeben wollte, die KPRF schließlich doch noch von ihrer Lukaschenko-freundlichen Linie abzubringen. Was den Westen angeht, so stimmte er voll mit dessen Politik überein, eine Öffnung gegenüber dem Präsidentenregime nur in dem Maße vorzunehmen, in dem dieses den Grundsätzen von Demokratie und Pluralismus Raum gibt.

## Fazit

Der Gesamteindruck des Kongresses läßt sich folgendermaßen umreißen: Ähnlich wie in Rußland insgesamt,<sup>5</sup> sind es die Widersprüche, die die KPRF in der Balance halten. Denn tatsächlich koexistieren in der Partei Nationalpatrioten und Slawophile mit Sowjettraditionalisten, marxistischen Modernisierern und pragmatischen Reformern. Die amorphe Programmatik und die Symbolfigur Lenin wirken zwar einerseits als Bindemittel zwischen den divergierenden Strömungen – jede unter ihnen findet dort solche Aussagen, die in das eigene Weltbild hineinpassen. Insofern ist die KPRF stabiler, als es von außen aussehen mag. Andererseits aber führt diese spezifische Form von Stabilität zu Stillstand und Stagnation: Die Flügel halten sich wechselseitig in Schach, den Anhängern eines "modernen Sozialismus" gelingt kein Durchbruch, wie die Absage der angekündigten Diskussion um eine Programmerneuerung eindrucksvoll demonstrierte.

Vor diesem Hintergrund wird die KPRF auch dann, wenn sie stärker an der Regierung beteiligt werden sollte, keine Rückkehr zum Sowjetsystem betreiben. Sie hat politischen Pluralismus und gemischtwirtschaftliches System inzwischen prinzipiell akzeptiert, und sie weiß: Der Versuch einer Restauration könnte zu Gewalt, Bürgerkrieg und möglicherweise Zerfall Rußlands führen. Das heißt jedoch nicht, daß sich die KPRF nach dem Beispiel vieler Ex-KPen Ostmitteleuropas in ihrer Gesamtheit mittelfristig "sozialdemokratisieren" wird. Sofern sie längerfristig überhaupt zusammenhält, wird sie sich als linksnationalistische Partei spezifisch russischen Typs weiterentwickeln, in der politische und wirtschaftliche Freiheit kollektiv gebunden sind, Gerechtigkeit als Gleichheit interpretiert wird und Solidarität jenen Kräften gilt, die zur Renaissance des russischen Imperiums beitragen.

Heinz Timmermann

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von L. Shevtsova, Dilemmas of Post-Communist Russia, in: Security Dialogue (London), Nr. 1/ 1997, S. 83-96.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>